



# Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Donnerstag, den 1. Mai 1884.

Nr. 203.

## Landtags-Verhandlungen.

### Abgeordnetenhaus.

78. Sitzung vom 30. April.

Der Präsident v. Koller eröffnet die Sitzung um 11 $\frac{1}{4}$  Uhr.

Am Ministertisch: Unterstaatssekretär Herfurth und mehrere Kommissarien. Später Minister von Puttkamer.

Der erste Gegenstand ist die zweite Beratung des von den Abgg. Straßmann und Zelle beantragten Gesetzentwurfs, betr. die Abänderung der Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen vom 30. Mai 1853.

Die verstärkte Gemeinde-Kommission beantragt die Annahme des folgenden Gesetzentwurfs:

Einziger Artikel: Zwischen die §§ 21 und 22 der Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen der preussischen Monarchie vom 30. Mai 1853 (Gesetzsamml. pro 1853, S. 261) tritt ein neuer § 21a in folgender Fassung:

§ 21a. Wenn wegen großer Ungleichheit der Wählerzahl in den Wahlbezirken derselben Abtheilung eine Aenderung von Gemeindebehörden beschlossen und dieser Beschluß von der Aufsichtsbehörde bestätigt wird, oder wenn die Aufsichtsbehörde aus demselben Grunde eine solche Maßregel anordnet, so hat der Magistrat die neue Einteilung in Gemäßheit des § 14 festzusetzen und sofort bekannt zu machen, in welcher Ordnung die Ergänzungswahlen von den neuen Wahlbezirken vorgenommen werden sollen.

Nachdem der Referent Abg. Wessel (freil.) den Antrag der Kommission kurz begründet, erklärt der Regierungskommissar Oberpräsidialrath Salben, daß er Namens der Staatsregierung ein Eingehen auf die Vorlage nicht in Aussicht stellen könne. Der Herr Minister habe allerdings früher bereits anerkannt, daß der Antrag ein, wenn auch nicht das letzte Mittel zur Beseitigung der Schwierigkeiten abgebe, und daß es nicht ausgeschlossen sei, der Regelung dieser Frage bei einer organischen Umgestaltung der Städteordnung näher zu treten. Ein dringendes Bedürfnis, welches es rechtfertigen könnte, die Städteordnung auf dem vorgeschlagenen Wege zu ergänzen, könne die Staatsregierung nicht anerkennen. Die Möglichkeit, die Feststellung zweckentsprechender Kommunalwahlbezirke herbeizuführen, sei nach Maßgabe des § 79 der Städteordnung vorhanden, und somit liege ein Bedürfnis

zum Erlass eines Spezialgesetzes nicht vor. Die Staatsregierung müsse deshalb empfehlen, es bei der gegenwärtigen Bestimmung der Städteordnung zu belassen.

Abg. v. Minnigerode (kons.) erklärt sich gegen den Kommissionsantrag, indem er zunächst ausführt, daß man dem Antrage Straßmann-Zelle das Motivo unterschreiben könne, als ob man mit demselben die Auflösung der Berliner Stadtverordneten-Versammlung als eine nicht notwendige Maßregel charakterisieren wolle. Der Antrag sei aber auch nicht geeignet, das Uebel in einer normalen Weise zu beseitigen, da er z. B. für einige Zeit einem Theile der Wähler das Wahlrecht entziehe, und ein Bedürfnis liege für den Antrag nicht vor. Aus diesen Gründen müßten er und seine Freunde bei ihrer ablehnenden Haltung dem Antrage gegenüber verharren.

Abg. Straßmann widerlegt kurz die Ausführungen des Vorredners. Der Vorwurf, daß der Antrag einen Theil der Wähler seines Wahlrechts beraube — für kurze Zeit — sei zutreffend, aber ganz dasselbe trete ein, wenn eine Auflösung der Stadtverordnetenversammlung stattgefunden habe. Referent beleuchtet dann kurz die Bedürfnisfrage, welche von der Kommission bejaht worden, und empfiehlt die Annahme des Antrages derselben.

Die Diskussion wird geschlossen und der Antrag der Kommission mit allen gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Es folgt die Beratung des vom Abg. Bachem gestellten Antrages auf Abänderung der Städteordnung für die Rheinprovinz vom 15. Mai 1856.

Die verstärkte Gemeinde-Kommission beantragt für diese Aenderung folgende Fassung:

„In der Rheinprovinz ist unter dem Wohnsitz behufs Ausübung des kommunalen Wahlrechts derjenige Ort zu verstehen, in welchem jemand eine Wohnung unter Umständen inne hat, welche auf die Absicht der dauernden Beibehaltung einer solchen schließen lassen.“

Abg. Dr. Bierling beantragt, statt der Worte „in der Rheinprovinz — zu verstehen“ zu setzen: „Als Wohnsitz im Sinne der Städteordnung der Rheinprovinz, der Gemeindeordnung für die Rheinprovinz von 1845 und des Gesetzes betr. die Gemeindeverfassung in der Rheinprovinz von 1856, ist derjenige Ort anzusehen.“

Sie hat mir die größte Freude gemacht, welche ich von ihr erwarten konnte, nämlich mich eines schönen Tages sehen zu lassen und nie mehr wieder ein Lebenszeichen von sich zu geben.

In Anerkennung dieser guten Handlung erweise ich sie zu meiner Unterfertigung.

Indessen knüpfte ich an dieses Legat eine ausdrückliche Bedingung, und zwar, daß sie sich unmittelbar nach der Verlassenschafts-Abhandlung wieder verheirathe.

So bin ich dessen gewiß, daß wenigstens ein Mensch meinen Tod beklagen wird.

8. März 1882.

Gezeichnet: Dr. Blazeng L.

Nachschrift: Welcher sich nicht vorzuwerfen hat, jemals das Leben eines seiner Patienten gerettet zu haben.“

Man kann sich die Enttäuschung der Erben vorstellen, als sie in dieses Testament Einblick gewannen. Da dasselbe aber die Spuren einer besondern Verzerrtheit bekundet, sochten sie die Gültigkeit des Schriftstückes an, indem sie behaupteten, der Erblasser wäre bei dessen Abfassung nicht mehr zurechnungsfähig gewesen. Das Testament sei daher als null und nichtig zu betrachten. Die zweite Kammer des Seine-Zivilgerichtes ist jedoch mit diesem durch die originellen Auslassungen eines Menschenfeindes heraufbeschworenen Prozesse auf's angelegentlichste beschäftigt.

(Fürst Bismarck und die Böhmin.) Daß der Kanzler des deutschen Kaiserreiches neben seinen laufenden weltumsehenden Geschäften noch immer so viel Zeit findet, seine Thätigkeit den privaten Angelegenheiten selbst der ärmsten Angehörigen des Reiches zuzuwenden, beweist nachstehende, dem „W. Frd.-Bl.“ als vollkommen authentisch verbürgte Geschichte: In Penzance bei Wien lebt eine arme Wittve, die sich ihren Lebensunterhalt kümmerlich als Bedienerin erwirbt. Deren Gatte, ein Weißgerbergehilfe, ist im Jahre 1873 der Cholera erlegen. Da er aus Preußen, und zwar aus der nächsten Nähe Magdeburgs,

Gegen die Stimmen der Linken wird der Antrag des Abg. Dr. Bierling angenommen.

Hierauf verläßt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr.

Tagesordnung: Definitive Abstimmung über die Jagdordnung, zweite Beratung der Kommunal-Vorlage.

Schluß 12 $\frac{1}{4}$  Uhr.

## Deutschland.

Berlin, 30. April. Bezüglich der Stellungnahme der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika zu den Internationalen afrikanischen Gesellschaften und ihren Erwerbungen am Kongo sind wir in die Lage versetzt, die folgende Erklärung zu veröffentlichen, die der nordamerikanische Botschafter in Brüssel, Hr. Sandford, abgegeben hat. Das Altkleid lautet:

„Die internationale Gesellschaft vom Kongo erklärt, daß sie die in den Thälern des Kongo und des Nieder-Duklu gelegenen, ihr vertragsmäßig von den legitimen einheimischen Souveränen abgetretenen Territorien zu freien Staaten erhoben hat;

daß diese Staaten als Abzeichen eine blaue Fahne mit einem goldenen Stern in der Mitte angenommen haben;

daß die erwähnten Staaten beschlossen haben, die Produkte der Vereinigten Staaten von Nordamerika, welche in ihr Gebiet eingeführt werden oder daselbst paßiren, um auf der längs den Stromschnellen des Kongo erbauten Straße weiter transportiert zu werden und auf diese Weise das äquatoriale Afrika der Zivilisation und dem Handel zu erschließen, mit keinerlei Zoll zu belegen;

daß sie den Bürgern der Vereinigten Staaten, welche sich auf ihrem Gebiet niederlassen werden, das Recht, dort zu kaufen, zu verkaufen, Ländereien und Gebäude in Pacht zu nehmen, Geschäfte zu errichten und Handel zu treiben, verbürgen unter der einzigen Bedingung, sich den Gesetzen zu fügen. Sie verpflichten sich außerdem, niemals den Angehörigen irgend einer Nation Vortheile und Privilegien zuzugestehen, ohne dieselben zu gleicher Zeit auch auf die Bürger der Vereinigten Staaten von Nordamerika auszudehnen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten ihrerseits macht der Internationalen Gesellschaft vom Kongo Mittheilung, daß ihre die vorstehende Erklärung zugegangen ist, und befehlt ihren Beamten zu Wasser

gebürtig gewesen, wendete sich die Wittve, welche durch ihre Verheirathung die Zuständigkeit in ihrer in der Nähe von Neidenburg in Böhmen gelegenen Heimatgemeinde verloren hatte, an die Heimatbehörde ihres verstorbenen Gatten bei Magdeburg, um für sich und ihr Kind einen Heimathschein zu erhalten. Die betreffende Gemeinde in Preußen verweigerte jedoch die Ausstellung eines Heimathscheines mit der Motivierung, daß der Verstorbene bereits mehr als zwanzig Jahre von der Heimath abwesend gewesen sei und da er sich nie um ein Heimathsdokument beworben habe, sein Heimathsrecht verwirkt habe. Thatsächlich war durch diesen Bescheid die arme Wittve sammt ihrem Kind ohne jede Heimath. Ihre diesfälligen Bemühungen bei der deutschen Botschaft in Wien, bei der Heimatbehörde ihres verstorbenen Mannes, bei hiesigen Behörden, bei ihrer Heimatbehörde in Böhmen führten zu keinem positiven Resultate. Zehn Jahre nach dem Tode ihres Gatten war die Wittve noch immer ohne Heimath. Da kam ihr der gute Einfall, sich mit Umgehung aller unteren Beamten und Behörden direkt — an den Fürsten Bismarck zu wenden. In einem langen Briefe „auf“ den Fürsten Bismarck, wie sich die Frau ihren Bekannten gegenüber ausdrückte, schilderte sie dem deutschen Reichskanzler ihre Bedrängniß und bat um seine Hilfe. Kaum waren acht Tage nach der Absendung des Briefes verfloßen, als die resolute Frau auch schon eine Vorladung zur deutschen Botschaft in Wien erhielt, woselbst ihr die Mittheilung gemacht wurde, daß seitens des deutschen Reichskanzleramtes bereits Schritte gethan worden seien, um ihr eine Heimath zu verschaffen. Vor einigen Tagen nun erhielt die Wittve durch die hiesige deutsche Botschaft von Seiten des Regierungspräsidiums in Magdeburg die Bestätigung ihres Heimathsrechtes in Preußen schwarz auf weiß in Form eines regelrechten Heimathscheines; aus der einstigen Böhmin war durch ein Wort Bismarcks eine rechtmäßige Preussin geworden und heute erzählt sie mit stolzer Genugthuung und freudigen Gemüths jedem ihrer Bekannten die Geschichte, wie ihr durch einen Brief

und zu Land, die Fahne der Internationalen Gesellschaft vom Kongo als befreundetes Banner zu behandeln.“

— Die „Prov.-Korr.“ bringt einen Artikel „Halbe und ganze Gegner des Sozialistengesetzes“; es heißt in dem Artikel:

Dieses Gesetz umfaßte das Mindeste dessen, was nach Ansicht der verbündeten Regierungen notwendig war, um den durch die Ereignisse des Jahres 1878 klargestellten Gefahren zu begegnen und für die Erhaltung der bestehenden Ordnung und des bürgerlichen Friedens Sicherheit zu schaffen; zu diesem Gesetze entschloß sich der Bundesrath erst, nachdem eine weitergehende Vorlage abgelehnt worden war. Abstriche von dem Sozialistengesetz würden dessen ohnehin beschränkte Repressionskraft mindern, praktische Schwierigkeiten der bedenklichsten Art im Gefolge haben und gleichwohl an dem Ausnahmeharakter dieses Nothgesetzes so wenig zu ändern vermögen, daß die grundsätzlichen Gegner aller Ausnahmengesetze auch im Falle des Zustandekommens dieser Abmilderungen bei ihrer Ablehnung verharren müßten. Damit hängt zusammen, daß die Windthorst'schen Vorschläge außerhalb der Zentrumsparthei und Zentrumspreßse nirgends Anklang gefunden haben und daß die von der Kommission beliebte Annahme einzelner Vorschläge auf Abänderung des Sozialistengesetzes schlechterdings keine Gewähr für eine Zustimmung zu dem Gesamtentwurf darstellt. . . . Kann ein „Ausnahmengesetz“ zur Zeit nicht entbehrt werden, so muß dasselbe die nöthigen Handhaben für eine wirksame Repression derjenigen Ausnahmesthimmungen behalten, gegen welche es gerichtet ist. Wer das nicht will, will die Sache überhaupt nicht und sagt das am besten gerade heraus.

Um solchem Eingeständniß aus dem Wege zu gehen, haben gewisse Organe die Formel nachgesprochen, nach welcher zwischen anarchistischen und sozialdemokratischen Bestrebungen ununterschieden und die eigentliche Repression ausschließlich oder doch wesentlich gegen die erstere gerichtet werden müsse. Mit der gemachten Unterscheidung hat es seine Richtigkeit; wird denn aber dadurch, daß die deutsche Sozialdemokratie die Bestaltungen der Most und Genossen nicht mitmacht, die Kopenhagener Protokoll-Erklärung vom 2. März 1883 aus der Welt geschafft, in welcher die sozialdemokratische Partei sich „eine revolutionäre Partei“ nennt, die „revolutionäre Ziele verfolgt und über die Durchführung auf revolutionärem

„auf dem Fürsten Bismarck“ ihr Recht zu Theil geworden sei.

Wie die deutsche Sprache in Amerika verfälscht wird, schildert ein Feuilletonist des „Deutschen Heim“ durch folgende erbauliche Beispiele. „Wenn der Deutsch-Amerikaner von einer Dame sagt, sie trage das Haar in langen Rerls auf dem Kopfe, so meint er in langen „Locken“ (curls). Er ändert nicht seine eigene Meinung, sondern er täuscht (to change) seinen „Mein“ (the mind); er fragt nicht, „was ist Dir paßend?“ sondern „was ist de Mäßer (the matter) mit Dir?“ Der Deutsch-Amerikaner ist nicht in der Eile, die Pferdebahn zu erreichen, er ist vielmehr „in der Horte (hurry), die Car zu fätschen (to catch the car). Ich hörte einst in Newyork, wie eine süddeutsche Frau einer andern, die nach dem Theater gehen wollte, zürte: „Thun Sie sich gut aufschau!“ (to enjoy sich unterhalten). Ein alter Deutsch-Amerikaner, der schon über dreißig Jahre in Amerika gelebt hatte und dem das Gefühl, was eigentlich von dem, was er sprach, englisch und was deutsch sei, vollständig abhanden gekommen war, gebrauchte nicht selten in einem Satz dasselbe Wort einmal deutsch und einmal englisch. So erinnere ich mich, gelegentlich folgenden Satz aus seinem Munde gehört zu haben: „Heute habe ich für meinen „Dog“ (dog = Hund) ein „Hundhaus“ gebilt.“ (to build = bauen.) Auch die Journalisten machen diese Unart mit: in den deutsch-amerikanischen Blättern wimmelt es von englischen Brocken und englischen, wörtlich ins Deutsche übertragenen Redewendungen. Das Stärkste darin aber wird vom Publikum im Ingeraththeil geleistet. Da heißt es u. A.: „Erster Klasse uprigt und square Planos gegen cash oder Raten billig zu verkaufen.“ Das soll auf deutsch etwa heißen: Ausgezeichnete aufrechte und tafelförmige Planos gegen baar u. Und das ist ein deutsches Ingerath in einer deutschen Zeitung!

## Feuilleton.

### Allerlei.

(Das Testament des Menschenfeindes.) Aus Paris wird geschrieben: Am 2. März 1883 starb in Saint Mandé der Doktor Binzeng L., ein alter Arzt, der seit 1870 in tiefer Zurückgezogenheit und Abgeschlossenheit lebte. Als Entfasser der „elektrischen Ringe gegen Migräne und Rheumatismen“ genoß er eine Zeit lang einen gewissen Ruf; aber er praktizierte schon lange nicht mehr. Ja, es schien vielmehr, daß er in den letzten Jahren jeden Verkehr mit der Welt abgebrochen hatte; er blieb fast die ganze Zeit in seinem Zimmer eingeschlossen. Kaum ein- oder zweimal im Monate, während der Morgendämmerung, bemerkten ihn Einwohner von Saint Mandé in der Richtung des Waldes. Als er gestorben war, meldeten sich seine Verwandten, einige Cousins, als vermeintliche Erben an; sie machten aber verdächtige Gesichter, als sie sich nachstehenden Bestimmungen des Verstorbenen gegenübergestellt sahen:

Folgendes ist mein Testament.

In dem Augenblicke, da ich es verfasse, glaube ich wohl, körperlich gesund zu sein; ich möchte aber nicht darauf schwören, bei gesundem Verstande zu sein. Solch' lächerliche Präntationen überlasse ich anderen Leuten.

Ich besitze ein Kapital von 70,000 Francs. Wie viel Thränen, wie viel Lüge und Berrath würde ich wohl mit diesem Gelde erkaufen haben können? Diese 70,000 Francs dachte ich zuerst dem allgemeinen Wohlthätigkeits-Verein zu vermachen. Aber ich sagte mir: Wozu?

Die wahren Wohlthäter der Menschheit sind: der Krieg und die Cholera.

Und dann habe ich ja noch eine Schuld der Dankbarkeit abzutragen gegen meine theuere Gattin Celestine Melanie, welche, ich weiß nicht wo, wohnt.



Lima, 29. April. Die Regierung des Präsidenten Iglesias ist von England, Spanien, Italien und Holland anerkannt worden.